

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

MORWÖRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Goldschmidtstr. 24 bis 26 Uhr
Belegter: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Schwere Niederlage der Nordtruppen.

Englische Truppen und Flugzeuge nach Tientsin dirigiert.

London, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Großangriff der chinesischen Nordtruppen auf die Armeen der hankauer nationalistischen Regierung ist, wie die letzten aus Schanghai hier eingetroffenen Meldungen besagen, endgültig zusammengebrochen. Die Entscheidung ist bereits am 28. Mai gefallen, an dem die Südtruppen einen Gegenangriff machten, dabei die Nordarmee in ihrer Flanke bedrohten und sie zum Rückzug nach dem Gelben Fluß zwangen. Während es dem rechten Flügel der Nordarmee gelungen ist, sich in verhältnismäßig guter Ordnung zurückzuziehen, hat der linke Flügel in völliger Auflösung die Flucht ergriffen. Die Sache der chinesischen nationalistischen Partei hat einen weiteren unblutigen Sieg dadurch zu verzeichnen, daß nach Meldungen aus Hongkong die Provinz Coang zu den Nationalisten übergegangen ist. Auch Tschiangkaiſchek befindet sich auf dem Vormarsch. Er hat Peng-Pu eingenommen und hierbei eine große Anzahl Lokomotiven und Eisenbahnmateriale erobert.

Die Nordarmee stehen nunmehr vor der Entscheidung, ob sie ihre Stellung am Gelben Fluß aufrechterhalten sollen. Ihre Situation ist sehr bedrohlich, da die Südtruppen beabsichtigen, die Verbindungslinien der Nordarmee abzuschneiden und General Feng auf seinem in östlicher Richtung sich vollziehenden Vormarsch längs des Gelben Flusses schon an die Eisenbahn Hankau-Tientsin sich herangebracht hat. Auch der General Yen-Sching-Scheng, der Gouverneur der bisher neutralen Provinz Schang-Si, scheint bereit zu sein, sich endgültig dem Sieger mit seinen militärischen Kräften anzubieten, wodurch die Nordtruppen nunmehr ernstlich gefährdet sind. Diese Ereignisse sind offenbar dafür maßgebend, daß weitere britische Truppen und Flugzeuge, die sich auf dem britischen Flugzeugmutterſchiff „Argos“ befinden, nach Tientsin (also nach dem Gebiet von Peking, D. Red.) dirigiert worden sind. Außerdem ist es, wie am Dienstag in London bekannt wurde, wahrscheinlich, daß weitere Flugzeugkontingente nach dem ferneren Osten entsandt werden sollen.

Abwehr und Vorsichtsmaßregeln der fremden Mächte.

Washington, 31. Mai. (W.B.) In Ansehung der Möglichkeit einer Ausbreitung der Unruhen in Nordchina hat Coolidge einen Plan des Staatsdepartements für die Vertagung der Peking Gesandtschaft nach einem Punkte näher der Küste genehmigt. Der Plan wird jedoch nur durchgeführt werden, wenn die Lage tatsächlich ernster wird. Zur Begründung des Planes wird angeführt, Peking sei allzusehr von der Küste entfernt, so daß die dort liegenden amerikanischen Marinetruppen kaum in der Lage sein würden, die Sicherheit des Gesandtschaftspersonals zu gewährleisten.

Schanghai, 1. Juni. (Reuter.) Die Streitkräfte, die notwendig sind, um Leben und Eigentum der Ausländer in Tientsin

und Peking zu schützen, betragen nach Ansicht der Sachverständigen 16 000 Mann. Es befinden sich bereits 7000 Mann an Ort und Stelle. Großbritannien, Amerika, Japan, Frankreich und Italien sind dabei mit Kontingenten vertreten. Es wird angenommen, daß die vier Hauptkontrollmächte — Großbritannien, Amerika, Frankreich und Japan — ungefähr je eine Brigade zwischen Tientsin und Peking haben werden. Die Peking-Tientsin-Bahnverbindungen sollten durch einen Flugzeugpatrouillendienst geschützt werden. Die Verteidigung des Peking Gesandtschaftsgebietes wird einer kombinierten Abteilung der fünf genannten Mächte von 2000 Mann anvertraut werden. Gestern hat die britische Gesandtschaft in Peking telegraphisch Befehle erhalten, britische Frauen und Kinder, die außerhalb des Gesandtschaftsgebietes wohnen, zum Verlassen Pekings aufzufordern. Die Vorsichtsmaßnahmen beruhen auf der Annahme, daß ein Zusammenbruch des Nordheeres erfolgt.

Tschangtsolin will Peking räumen!

Paris, 31. Mai. (W.B.) Wie „havas“ aus Peking meldet, hat Tschangtsolin das diplomatische Korps von seiner Absicht in Kenntnis gesetzt, seine Truppen zurückzuziehen und sie nördlich von Songhai zu gruppieren. Dieser Befehl Tschangtsolins hat nach einer Meldung des Sonderberichterstatters der Agentur „havas“ in Peking eine gewisse Nervosität hervorgerufen. In chinesischen Kreisen werden bereits Vorbereitungen getroffen, um die Stadt zu verlassen, und die Ausländer planen Verteidigungsmaßnahmen.

Borodin sagt: Im August sind wir in Peking.

Schanghai, 1. Juni. (Reuter.) Die Delegation des japanischen Auswärtigen Amtes, die die Verhältnisse am Jangtse untersucht hat, hat ihre Arbeiten vollendet. Nach Besprechungen mit Borodin, Tschang und anderen nationalistischen Führern und einer persönlichen Untersuchung des gesamten hankaugebietes ist die Delegation, wie verlautet, zum Schluß gekommen, daß die Lage alles andere als befriedigend ist und daß sich die fremden Nationen, wenn sie wünschen sich zu schützen, nicht auf die Zusagen der hankaugeregierung verlassen können. Besonderen Eindruck machte auf die Delegation eine Erklärung Borodins, der erklärte, er sei sicher, daß die nationalistische Heere im August in Peking sein werden, es werde aber zwei Jahre dauern, bis die Revolution vollendet sei. Diese Ansicht, verbunden mit der allgemeinen Unordnung und Störung des Geschäftslbens, die überall ersichtlich sind und wahrscheinlich noch lange fortbauern werden, haben die Delegation überzeugt, daß Japan inzwischen die notwendigen Aktionen unternehmen müsse, um seine Interessen und seine regelmäßigen Handels- und Finanzinteressen in China zu schützen.

Vor der Demission Paul Faures?

Heute tagt der Verwaltungsrat der französischen Partei.

Paris, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat der sozialistischen Partei tritt am Mittwoch zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Der Generalsekretär der Partei Paul Faure, der diesen Posten schon seit dem Parteitag von Tours im Jahre 1920 bekleidet, hat angedeutet, daß er in nächster Zukunft zurückzutreten beabsichtigt. Der Hauptgrund zu dieser Demission ist darin zu suchen, daß Faure die Opposition des linken Parteiflügels unter Braque und Jyromski als zu hartnäckig und zu zäh ansieht, als daß er in der Partei länger mit ihnen zusammenarbeiten könnte.

Renaudel für Rheinlandräumung.

Paris, 1. Juni. (W.B.) Renaudel sprach sich in der Kammer unter Betonung der Notwendigkeit einer Politik des Friedens besonders für die Räumung der Rheinlande aus. Wenn Deutschland und Frankreich nicht in Frieden leben, wird das Verbrechen des Krieges wieder beginnen. Die Völker wissen, daß Sieger und Besiegte in gleicher Weise unter dem Kriege gelitten haben und sie wenden sich dem Frieden zu. Der Sozialismus hat große Fortschritte gemacht. Er wird in England, in Deutschland, in Schweden und Dänemark bald wieder zur Regierung gelangen. Renaudel gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die französischen Demokraten für Frankreich eine Beteiligung der Sozialisten an der Regierung wünschen. Er fragte, ob etwa die Kommunisten auf die Dauer außerhalb des Völkerebundes bleiben werden, wenn die Vertreter föderalistischer Regierungen für den Frieden eintreten. Hier unterbrach Poincaré den Redner durch einen Zwischenruf, indem er auf die Kommunisten zeigte und erklärte: Auch ich habe Vertrauen, weil sie nicht dort sind. Renaudel schloß: An dem Tage, an dem Rußland im Völkerebund vertreten ist, wird die Garantie des Friedens am größten sein.

Neuer Vorstoß gegen Poincaré.

Paris, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer steht ein neuer Angriff gegen den Ministerpräsidenten Poincaré bevor und zwar augenscheinlich auf dessen ureigenstem Gebiet, der Finanzpolitik. Der Ministerpräsident hat im Budget für das nächste Jahr zunächst eine Summe von 600 Millionen Franc für Beamtenpensionen festgesetzt, mußte aber diesen Betrag auf

900 Millionen Franc erhöhen, da der radikalsozialistische Abgeordnete Bouffou den Antrag stellte, eine Pensionsreform namentlich zugunsten der niedrigen Beamtenkategorien vorzunehmen. Die Vorschläge Bouffous brachten eine Mehrausgabe für das Budget in Höhe von 1,3 bis 1,5 Milliarden Franc mit sich, eine Summe, die Poincaré bereits sehr schon abgelehnt hat. Bouffou will am Mittwoch in der Kammer den Antrag stellen, daß sein Vorschlag im Plenum zur Debatte gestellt wird, da diese Frage von außerordentlicher Wichtigkeit für die im nächsten Jahre stattfindenden Wahlen ist.

Der Kuckuck im Außenministerium.

Parmoor sagt, Innenminister Hicks hat den Bruch verschuldet.

London, 1. Juni. (W.B.) Im Oberhaus fand eine Debatte über den englisch-russischen Konflikt statt. Lord Parmoor führte aus: Von einer Kriegserklärung abgesehen, gibt es keinen ersten Schritt in internationalen Angelegenheiten als den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Der Staatssekretär des Innern ist nichts anderes als ein Kuckuck im Neste des Staatssekretärs des Aeußeren, und zwar möglicherweise ein sehr gefährlicher Kuckuck. Man hätte auch die Russen anhören und erwägen müssen, was ihre Erklärungen bedeuten. Ueber die Quelle der vom Foreign Office veröffentlichten Dokumente ist nichts gesagt worden, und es besteht mehr als ein Verdacht, daß sie auf die schlimmste aller Quellen, nämlich auf Spionagequellen, zurückzuführen sind. Die einzige Aussicht auf Stabilisierung des Friedens besteht darin, daß England seinen gesamten Einfluß aufbietet, um Rußland in die freundschaftliche Atmosphäre des Völkerebundes in Genuß hineinzubringen.

Lord Balfour erwiderte für die Regierung: Parmoor weiß ebenlogut wie jedermann, daß es keine sicherere Tatsache in der Geschichte gibt als die Tatsache, daß die Sowjetregierung und die Teile der Regierung Rußlands, die einen Teil dieser Regierung bilden, versprochen haben, sich nicht in die Angelegenheiten Englands einzumischen, und diese Versprechungen bei jeder Gelegenheit systematisch gebrochen haben. Die russische Regierung und jeder russische Staatsmann ist freigebig mit Versprechungen gewesen, daß Abhilfe geschaffen werden würde, aber nicht eine einzige dieser Versprechungen ist je gehalten worden. Es gibt einen Punkt, von dem ab eine dauernde, vorläufige Perfidie in internationalen Beziehungen unerträglich wird.

Arbeitsmarkt und Wirtschaft.

Zur 2. Allgemeinen Deutschen Arbeitsnachweis-tagung.

Der Widerstand der kapitalistischen Wirtschaft tritt am deutlichsten durch die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt in die Erscheinung. Sie sind gleichsam ein Spiegelbild der sozialen Fehlorganisation der Wirtschaft. Kapitalistisch ist alles in bester Ordnung, wenn ausreichende und wachsende Rentabilität gewährleistet ist, denn der Sinn der kapitalistischen Wirtschaft ist höchstmögliche Verwertung des toten Kapitals. Dieser Zwecksetzung wird auch das Lebensglück der Menschen geopfert, weil man sich noch immer der Erkenntnis verschließt, daß die Quelle aller Wertschöpfung der Mensch ist.

Man kann nicht vom Arbeitsmarkt aus die soziale Fehlorganisation der Wirtschaft restlos beseitigen. Jedoch: die Probleme des Arbeitsmarktes sind nicht nur ein Ausschnitt aus der sozialen Not unserer Zeit, die uns bestimmte Tagesaufgaben stellen, in ihrem Gesamtsammenhang gesehen fordern sie darüber hinaus Maßnahmen, die auch vom Arbeitsmarkt aus einen Zwang zur Ueberwindung dieser einzelnen Fehlorganisation ausüben.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß die von den deutschen Landesarbeitsämtern im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung einberufene Allgemeine Deutsche Arbeitsnachweistagung, die vom 2. bis 4. Juni in Dresden stattfindet, Gelegenheit zur Erörterung solcher Fragen gibt. Ihre Bedeutung muß stärker in das öffentliche Bewußtsein dringen, damit das Erforderliche sich leichter durchsetzt. Für eine umfassende Erörterung sorgt die Zusammenlegung der Teilnehmer; die Tagung wird besichtigt von Leitern der Arbeitsnachweisämter, von Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den Verwaltungsausschüssen, von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Unternehmer sowie von Reichs- und Landesbehörden und kommunalen Spitzenorganisationen.

Drei Fragen stehen zur Aussprache: die Berufsberatung im Dienste der Wirtschaft, die Arbeitsvermittlung im Dienste der Wirtschaft und die Arbeitslosenhilfe im Dienste der Wirtschaft.

Die Benennung der Themen schließt in sich die tiefe Gegenjählichkeit zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaftsgestaltung. Ihre Erörterung rührt an die Grundfragen sozialer Arbeitsmarktpolitik, zeigt ihre Verbundenheit mit der Wirtschaftsverfassung und öffnet die Wege zu einer systematischen Beeinflussung im Sinne einer sozialen Höherentwicklung.

Damit ist bereits gesagt, daß es nicht nur darauf ankommt, die öffentliche Berufsberatung so auszubauen, daß sie in weitestem Umfange befähigt ist, bei den neu in das Erwerbsleben tretenden Arbeitskräften die Berufseignung festzustellen, bei den durch die Veränderungen im kapitalistischen Wirtschaftsprozess überflüssig gewordenen Arbeitskräften festzustellen, welche Berufsumschulung für sie in Frage kommt; die soziale Funktion der Berufsberatung liegt darüber hinaus darin, in die kapitalistische Freiheit bei der Bewertung der menschlichen Arbeitskraft sozial regulierend einzugreifen. Daraus ergibt sich der enge Zusammenhang mit der Arbeitsvermittlung. Auch hier kommt es nicht nur darauf an, die richtige Arbeitskraft an den freien Arbeitsplatz zu bringen. Das Gesamtinteresse erfordert ebenso nachdrücklich die Arbeitsvermittlung zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen.

Das Arbeitsnachweisgesetz enthält bereits einige Vorschriften über die Vermittlungstätigkeit die selbst bei ihrer Unzulänglichkeit von einiger Bedeutung sein könnten, wenn ein Zwang zur Beachtung dahinterstände. Bei der Reihenfolge der Vermittlung sollen die persönlichen und Familienverhältnisse und die Dauer der Arbeitslosigkeit des Bewerbers berücksichtigt werden. Soweit ein Tarifvertrag besteht, hat die Vermittlung zwischen Tarifbeteiligten nur zu tariflich zulässigen Bedingungen zu erfolgen. Das ist bereits auf Grund des Tarifrechts eine Selbstverständlichkeit. Der öffentliche Arbeitsnachweis braucht das jedoch nur zu beachten, sofern ihm die Beteiligung am Tarifvertrag bekannt ist. In allen anderen Fällen, insbesondere also in jenen, wo kein Tarifvertrag vorliegt, hat der öffentliche Arbeitsnachweis eine Vermittlung nur dann abzulehnen, wenn der Abschluß eines Arbeitsvertrages gegen die im Berufsörtlichen Mindestlohnsätze verstoßen würde.

Das sind in sozialer Beziehung ganz unzureichende Bestimmungen, die jedoch vollständig wertlos werden, weil kein Unternehmer verpflichtet ist, geeignete Arbeitskräfte vom öffentlichen Arbeitsnachweis zu nehmen. Jede soziale Vermittlungstätigkeit erfordert deshalb den Anmelde- und Benutzungs-zwang aller freien Arbeitsplätze, wie er in Anträgen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Uebereinstimmung mit den freien Gewerkschaften wiederholt vorgeschlagen worden ist. Das ist auch der einzige Weg, ernsthaft etwas für die Unterbringung der älteren Arbeiter und Angestellten zu tun.

Die soziale Notwendigkeit einer solchen verstärkten Einwirkung auf die Arbeitsbedingungen durch die Monopolisierung der Arbeitsvermittlung ergibt sich ebenso zwingend aus der Struktur unseres Arbeitslosenheeres. Eine geschickte Regie sucht die zweifellos eingetretene Besserung des Arbeitsmarktes in einem wesentlich günstigeren Lichte erscheinen zu lassen als





## Der Metallschiedspruch angenommen. Auf Grund des Abstimmungsergebnisses.

Das Metallkartell hat heute vormittag zu dem Abstimmungsergebnis über den Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie Stellung genommen. Obwohl das vollständige Resultat aus den Betrieben noch nicht vorlag, hat das Metallkartell einen Beschluß gefaßt, weil die noch ausstehenden Abstimmungsergebnisse, selbst wenn sie sämtlich für Streit sein sollten, nichts mehr an der Tatsache ändern würden, daß die Dreiviertelmehrheit für Streit nicht erreicht worden ist.

Dementsprechend konnte das Metallkartell keinen anderen Beschluß fassen, als den, der aus dem Abstimmungsergebnis selbst hervorgeht. Das Metallkartell hat festgestellt, daß trotz der einstimmigen Ablehnung des Schiedspruches durch das Metallkartell und durch die Funktionäre, die Abstimmung leider keine Dreiviertelmehrheit für den Streit ergeben hat. Das Metallkartell hat diese Feststellung mit dem tiefsten Bedauern gemacht. Es blieb ihm aber nicht anderes übrig, als auf Grund der Abstimmung festzustellen, daß diese die Annahme des Schiedspruches zur Folge hat.

Es wurde zunächst auch der Gedanke erörtert, ob nicht auf Grund des Abstimmungsergebnisses, das immerhin eine große Mehrheit, wenn auch keine Dreiviertelmehrheit für Streit aufweist, versucht werden sollte, in neue Verhandlungen zu treten, um vielleicht auf dem Verhandlungswege Verbesserungen zu erreichen. Das Metallkartell hat sich aber entschlossen, von diesem Versuch abzusehen. Der B.M.A. hatte, wie wir bereits in unserer heutigen Morgenausgabe mitteilten, den Schiedspruch bereits angenommen. Bei der Einstellung des B.M.A. ist es ausichtslos, einen Versuch nach der angebotenen Richtung zu machen, nachdem die Abstimmung keine Dreiviertelmehrheit für den Streit ergeben hat. Deshalb hat das Metallkartell sich entschlossen, die bitteren Konsequenzen aus dem Abstimmungsergebnis zu ziehen und den Schiedspruch anzunehmen.

Damit ist der Kampf in der Berliner Metallindustrie vorläufig zu einem Abschluß gekommen. Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben. Das Metallkartell, d. h. die als Vertragsparteien an dem Rahmenarbeitsvertrag beteiligten Gewerkschaften, ist einmütig der Auffassung, daß jetzt alle Kräfte darangelegt werden müssen, um die den Organisationen noch fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie gewerkschaftlich zu erfassen. In allen Betrieben muß jetzt eine rege Agitation einsetzen. Der Kampf tritt damit in ein neues Stadium. Es gilt, die Reihen zu stärken und sich zum entscheidenden Sieg vorzubereiten.

Wie immer schreibt die „Rote Fahne“ in ihrer heutigen Morgenausgabe so ziemlich das Dummste, was man zu dem Abstimmungsergebnis sagen kann. Sie hat diesmal nicht die Ausrede, daß sie nicht informiert worden ist. Sie veröffentlicht die von uns in unserer heutigen Morgenausgabe wiedergegebenen Gesamtzahlen, die bis gestern abend bekannt waren. Daraus ergibt sich, daß rund 80 000 für Streit und rund 52 000 für Annahme stimmten oder sich der Stimme enthalten haben. Somit liegt auf der Hand, daß, nachdem nur noch das Abstimmungsergebnis von 20 000 Beschäftigten ausstand, eine Dreiviertelmehrheit nicht erreicht werden konnte. Nichtsdestoweniger behauptet die „Rote Fahne“, daß die Abstimmung „eine überwältigende Mehrheit“ für Streit ergeben hätte.

Wir hätten natürlich gewünscht, daß die Behauptung der „Roten Fahne“, zutrifft. Wir hätten gewünscht, daß auch die Unorganisierten in ihrer erdrückenden Mehrheit sich für den Streit aussprechen. Leider ist das Abstimmungsergebnis ein anderes.

Ebenso ist es Unfug, wenn die „Rote Fahne“ behauptet, daß bei den noch ausstehenden Abstimmungsergebnissen es sich um sehr große Werke handelt. Sie nennt sogar Namen von

Werten, von denen das Ergebnis aber bekannt war. Die 20 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, von denen das Abstimmungsergebnis noch nicht bekannt war, verteilen sich auf mehr als 200 Betriebe. Es kommen also im Durchschnitt noch nicht 100 Beschäftigte auf den Betrieb. Das sind die „sehr großen Werke“.

## Erfolgreicher Streik der Mehlkutscher. Was eine gute Organisation vermag.

Dem Verkehrsband ist es nunmehr gelungen, für die im Berliner Mehlkutschergewerbe Beschäftigten endlich wieder menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Ueber die Standeslofen Verhältnisse in diesem Gewerbe haben wir bereits mehrfach berichtet.

Schon wochenlang bemühte sich der Verkehrsband, die Mehlkutscher, die zum größten Teil der Berliner Fuhrerinnung angeschlossen sind, zur Anerkennung des mit dieser abgeschlossenen Tarifvertrages zu bewegen. Alle Bemühungen, auch der Streikbeschlüsse der Mehlkutscher und Mischfahrer, hatten jedoch keinen Erfolg. Erst als am Montag in allen Betrieben die Arbeit eingestellt wurde, zeigten sich die Unternehmer zu Verhandlungen und Zugeständnissen bereit. Bestern wurde schließlich zwischen dem Verkehrsband und dem Verein der Mehlkutscher eine Vereinbarung getroffen, wonach die Unternehmer sowohl den Mehlkutschern, wie auch den Bohntarifen für das Schwerk- und Leichtkutschergewerbe für sich als bindend anerkennen. Es wurde weiter vereinbart, daß nur Mischfahrer beschäftigt werden dürfen, die den Tariflohn erhalten und daß für jeden Wagen ein bezahlter Mischfahrer nicht entlohnen, damit ihnen die Handels-erlaubnis entzogen wird. Da weiter vereinbart wurde, daß aus Anlaß des Streiks keine Maßnahmen vorgenommen werden dürfen, ist heute vormittag in allen Betrieben die Arbeit wieder geschlossen aufgenommen worden.

Die Bewegung der Berliner Mehlkutscher ist mit einem vollen Erfolg beendet worden. Sie konnte jedoch nur mit diesem Erfolg beendet werden, weil die Organisation unangenehm auf die Fuhrerinnen gedrückt hat und weil die Kutscher sich wieder fast restlos zur Organisation gefunden hatten. Es ist zu hoffen, daß sie diesmal nicht wieder, wie nach dem letzten Streik, der Organisation den Rücken kehren und sich danach die Unternehmer nicht mehr an die getroffenen Vereinbarungen halten. Ein „Spüren“ von Verbandsbeiträgen würde sich sehr bald bitter an den „Sparern“ rächen.

## Mehr Arbeit, weniger Lohn!

### Die Aussichten der italienischen Arbeiterschaft.

Aus Mailand wird uns berichtet:

Die Presse des faschistischen Regimes stellt bei der Wiedergabe der amtlichen Statistik über die Arbeitslosigkeit in Italien in den letzten Monaten des Jahres 1926 eine „leichte Erhöhung im Vergleich mit den entsprechenden Zahlen in den Jahren 1924 und 1925“ fest.

Ohne der amtlichen Erwerbslosenstatistik auch nur irgendwelchen Wert beizumessen, da ihre Zahlen weder absolut noch relativ zutreffen, sei hiermit doch festgestellt, daß sie für den Monat Februar des laufenden Jahres das Doppelte der im Februar 1926 herausgebrachten Ziffer meldet. Das Interessanteste unter diesen Umständen ist die Beobachtung, daß die Industriellen nun offen ihre Lage zu erkennen beginnen, aus der sie einen einzigen Ausweg zu benutzen beabsichtigen, den einfachsten für sie selbst und angeht des politischen Regimes in Italien den leichtesten: die Senkung der Löhne.

Kennzeichnend für diese Sachlage und dafür, was den Arbeitern in Italien in der nächsten Zukunft noch bevorsteht, ist ein Interview, das der Abgeordnete Benni, Präsident der faschistischen Vereinigung der italienischen Industrie, dem Mailänder Handelsblatt „Il Sole“ gegeben hat. Er erklärte darin u. a.:

„Der Arbeiter, der drei oder vier Tage in der Woche oder auch vier bis sechs Stunden am Tage arbeitet, hat seinen Gesamtlohn

herabgesetzt bekommen, auch wenn der Stundenlohn der gleiche geblieben ist. Es erhebt sich nun die Frage: Ist es besser, fortzufahren in diesem unwirtschaftlichen System der Lohnföhrungen und Produktionsvermindierungen und Kosten- und Preis-erhöhungen, die die Lage erschweren, oder liegt es mehr im Interesse des Arbeiters, zu einer Wiederaufhebung der Industrie durch eine Revision der Löhne, wie sie die Löhne darstellen, beizutragen? Wenn diese Revision geeignet wäre, der Produktion ihren normalen Rhythmus wiederzugeben, wird sie dann dem Arbeiter gestatten, mit leicht gefährzten Löhnen eine größere Anzahl von Stunden und Arbeitstagen zu arbeiten? Um aber ein genaues Bild der Situation zu vermitteln, ergänzt Benni seine Darstellung durch den Hinweis darauf, daß für eine ganze Anzahl von Unternehmungen die Bilanzen für das Jahr 1926 — ein Jahr, das nach seiner Ansicht verschiedentlich günstig für die italienische Industrie gewesen ist — noch schlechter ausfallen als die des Jahres 1925.

Ohne in eine Betrachtung des Wahrheitswertes verschiedener Berechnungen einzutreten, sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Jahresrechnungen verschiedener Aktiengesellschaften, insbesondere der Textil- und mechanischen Industrie ohne jede Dividende oder aber mit einer Scheindividende abgeschlossen haben. Angesichts dessen kann über das Schicksal der italienischen Arbeiter kein Zweifel mehr bestehen. Es lautet einfach: Mehr Arbeit, weniger Lohn!

## Streik der rheinischen Strahlenwalzenmaschinenisten.

Vom Verband der Maschinenisten und Heizer wird uns aus Köln berichtet:

Der Streik der Strahlenwalzenmaschinenisten geht in unverminderter Weise weiter. In jüngster Zeit geht der Westdeutsche Strahlenwalzenbetrieb in Köln-Deutz dazu über, an den Walzen die Nummern zu entfernen oder mit Farbe zu überstreichen. Auch an den Bohrwagen werden die Firmenschilder abgemacht und durch den Namen der Firma Riggemann und Walke in Soest ersetzt. Man glaubt wohl auf diese Weise die Walzen und Wagen unkenntlich zu machen. Auch ist die Firma dazu übergegangen und hat Walzen fremder Firmen gemietet, um die dringlichsten Arbeiten fertigstellen zu können.

Wir warnen die betreffenden Firmen Streitarbeit auszuführen; sie haben sonst zu erwarten, daß sie in den Streik miteinbezogen werden.

Der von den Maschinenisten und Heizern geführte Kampf genießt allgemeine Sympathie. Die in Arbeit befindlichen Kollegen haben beschlossen, die Kämpfenden moralisch und finanziell zu unterstützen. Es ist der Wille aller organisierten Strahlenwalzenmaschinenisten, kein Opfer zu scheuen, bis der Kampf siegreich beendet ist.

## Der Streik in der Bremer Metallindustrie.

Bremen, 1. Juni. (M.B.) Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Antrag auf Verbündlichkeitsklärung des Schiedspruchs für die bremische Metallindustrie hat der Schlichter den Parteien einen Vergleichsvorschlag gemacht, der die Annahme des im Schiedspruch vorgeschlagenen Tarifvertrages empfiehlt und für einzelne Fragen, die unter den Parteien in den letzten Verhandlungen strittig geblieben sind, weitere Verhandlungen zum Ausgleich von Härtefällen vorsieht. Den Parteien ist vom Schlichter eine Erklärungsfrist bis Freitag, den 3. Juni, gesetzt worden.

## Streikvorbereitungen der österreichischen Postangestellten.

Wien, 1. Juni. (U.) Die Gewerkschaften, die die Forderungen der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten vertreten, haben mit den technischen Vorbereitungen für einen eventuellen Streik begonnen.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schill; Wirtschaft: G. Klingelthaler; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revue: A. S. Richter; Soziale und Konflikte: Fritz Rathke; Anzeigen: E. G. Glöckler; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

# LOESER & WOLFF QUALITÄT U. ARBEIT UNERREICHT!



ZENTRALE  
Berlin C25 Alexanderstr. 1  
Gegründet 1865

**Edelerzeugnisse in hoher Qualität sind u. a. unsere Spezialitäten:**

<p><b>Tavona</b> Sumatra; kleine elegante Zigarre in feiner milder Qualität <b>15,-</b></p> <p><b>Grillenfänger</b> Sumatra; Qualität u. Aussehen bestechend <b>15,-</b></p> <p><b>Donna Lucia</b> Sumatra; in Deutschland meistgeräuchte Zigarre zu <b>20,-</b></p>	<p><b>Pamfilo</b> Sumatra; abgerundete wohlgeschmeckende Komposition <b>20,-</b></p> <p><b>Schloß Rottersheim</b> Sumatra; zarter, vornehmer Geschmack <b>30,-</b></p> <p><b>Hauptfabrik</b> Sumatra mit feiner Hüll. u. St. Felix. Zigarre hoher Klasse! <b>40,-</b></p>
--	---

**Restposten!**

**Coronas Nr. 100 Vors. nur 10,-**  
Außergewöhnlich preiswertes Angebot!  
Solange der Vorrat reicht.

Ziehung 2. — 4. Juni

### Kölnischer Dombau - Geldlotterie

9000 Gewinne u. 1 Prämie = M.

<p><b>200 000</b> Höchstgewinn</p> <p><b>100 000</b> Hauptgewinn</p>	<p><b>75 000</b> Prämie</p> <p><b>25 000</b> Prämie</p> <p><b>10 000</b> Prämie</p>
--	---

Lose zu M. 3,- Porto u. Liste empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme

**Heinz Berlin W 8**  
Friedrichstr. 83, zwischen Behrenstraße und Ufer des Linder.  
Postcheckkonto Berlin 40 221

## FASAN

### EINHEITSPREISE

Marke Fasan . . . Mk.	12.50
Marke Silberfasan Mk.	16.50
Marke Goldfasan Mk.	19.50



Fasan-Schuhe gelten unter Kennern als die preiswürdigsten Erzeugnisse der gesamten Schuhindustrie.

Verkaufsstellen:  
Berlin O, Warschauer Str. 31, Ecke Revaler Straße  
Berlin - Schöneberg, Hauptstraße 20

## Regelmäßige Dampferfahrten

**Reeder Carl Bahke & David**

Vom Sonntag, dem 22. Mai, an jeden Sonntag u. Feiertag nach Saarwinkel, Tegelfort, Gehrselde, Heiligenhafen und Lehnitzsee. Ab Berlin Fernbrücke (Nordufer) 8<sup>00</sup>, 9<sup>00</sup>, 13<sup>00</sup>. Ab Berlin Bunsenbrücke an der Seestraße, 8<sup>00</sup>, 9<sup>00</sup>, 13<sup>00</sup>. Der Dampfer 8<sup>00</sup> bzw. 9<sup>00</sup> fährt bis Lehnitzsee. Dampfervermietungen an Vereine und Gesellschaften zu billigen Preisen. Schulen besondere Ermäßigung. Geschäftsstelle: Spandau, Hamburger Str. 90 b. Tel. Spandau C. 7, 2883.

Kauft nur die so fein schmeckenden

## Dörffler Würstchen

Blumenspenden jeder Art liefert preiswert!

**Paul Gollets**, born. Robert Baye  
Marlannenstraße 3, Ecke Raunigstraße  
Umt. Reichthal, 103 68

## Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei

**Wilhelm Schulze**  
Mondjoupiaz 12, Hof part.  
Nähe Hackescher Markt  
Zahlungserleichterung  
Telephon: Alexander 4112

# Eröffnung morgen, Donnerstag, nachmittag Großdestillation Gebr. Brauer

## Blumenstraße 101.